



## Petersberger Perspektiven

Symposium am 18. Oktober 2011, Königswinter

### Petersberg – ein symbolischer Ort

---

Prof. Dr. Horst Möller: Vortrag  
**Der Petersberg als Erinnerungort**

---

Hoch über Bonn, auf dem Petersberg, residierten die Hohen Kommissare der drei Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 bildeten sie bis zum Deutschlandvertrag (oder: Generalvertrag) 1952 eine Art Oberregierung. Das zeigte sich schon, als sie am 21. September 1949 dem gerade gewählten Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer feierlichen Zeremonie das Besatzungsstatut überreichen wollten. Adenauer war der Gedanke unbehaglich; er wollte als Regierungschef eines besiegten Landes aus solchem Anlass keine demonstrative Zeremonie.

Er einigte sich mit den Hochkommissaren darauf, dass er auf dem Petersberg das Besatzungsstatut von ihnen entgegennehmen würde. Während diese auf dem Teppich standen, sollte er davor stehen bleiben – ein deutliches Symbol für den Rangunterschied, den die Hochkommissare betonen wollten, den Adenauer als protokollarisch höherstehender Regierungschef jedoch nicht wirklich akzeptabel fand. Als der den Vorsitz führende französische Hochkommissar André Francois-Ponçet zur Begrüßung Adenauers einen Schritt in seine Richtung machte, trat Adenauer – entgegen der vorherigen Vereinbarung – schnell auf den Teppich, um so seine Gleichberechtigung zu demonstrieren, blieb aber auf dem Rand stehen, um diesen demonstrativen Akt nicht zu übertreiben. Zugleich betonte er, indem er als einziger diesen Schritt wagte und die neuen Bundesminister, die ihn begleiteten, vor dem Teppich stehen bleiben mussten, die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers. Von Beginn an bestand er darauf, als einziges Mitglied der Bundesregierung direkt mit den Hochkommissaren zu verhandeln. In seiner kurzen Antwortrede auf François-Ponçet ging Adenauer nicht allein auf die weltpolitische Lage ein, sondern bekräftigte die deutsche Bereitschaft, „in eigener Verantwortung“ an der Bildung einer „europäischen Föderation“ mitzuwirken.

Der Symbolgehalt dieser Szene war also mehrfacher Art: Zum einen besiegelte er das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts für die Bundesrepublik, zum anderen aber die Anfänge einer deutschen Autonomie, die Adenauer in den folgenden Jahren in zähem Ringen schließlich durchsetzte. Die politische Zielsetzung einer europäischen Integration zählte also von Anfang an zu den auf dem Petersberg formulierten Inhalten seiner Politik – in „eigener Verantwortung“. Er nutzte damit den Spielraum, den das Grundgesetz für supranationale Integration vorsah und verzichtete später immer wieder auf Souveränitätsrechte, die die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht besaß. Der Ort selbst wurde dadurch symbolisch – ein Ort übrigens, der nicht zuletzt durch die Weite des Blicks über die Rheinebene bis zur Eifel fasziniert. Kaum zufällig baute Konrad Adenauer in unmittelbarer Nachbarschaft in Rhöndorf ein Haus, das ebenfalls diesen weiten Blick über die Landschaft ermöglicht – zu einer Zeit, als alles in Deutschland eng wurde.

Wer sich mit der Geschichte der Bundesrepublik befasst, kennt das Petersberger Abkommen. Es war zwischen den drei Hohen Kommissaren und dem Bundeskanzler in elfstündigen mühsamen Verhandlungen am 22. November 1949 abschließend ausgehandelt worden und regelte zahlreiche Einzelfragen.

Das Petersberger Abkommen bildete den ersten großen Erfolg der Regierung Adenauer bei der Revision des Besatzungsstatuts. Wesentlich für Adenauer war der Passus: „Die Besprechungen waren getragen von der Entschlossenheit beider Parteien, ihre Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens fortschreitend zu entwickeln. Zunächst ist es ihr Ziel, die Bundesrepublik als friedliebendes Mitglied in die europäische Gemeinschaft einzugliedern.“ Hierzu gehörte als erster konkreter Schritt die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Organisationen, darunter in der Internationalen Ruhrbehörde und dem Europarat. Fortan durfte die Bundesregierung mit den Gremien des Marshall-Plans Verträge schließen sowie mit den westlichen Staaten Konsular- und Handelsbeziehungen aufnehmen. Aber auch innenpolitisch enthielt das Petersberger Abkommen wesentliche Weichenstellungen, bildete es doch die Grundlage für die Kartell-Gesetzgebung. Ein wirtschaftspolitischer Erfolg lag darin, dass mit dem Petersberger Abkommen die Demontage in Zweigen der Stahl- und Chemieindustrie beendet wurde.

Auch der nächste entscheidende Schritt zur Gleichberechtigung und schließlich zur Souveränität der Bundesrepublik, der mit dem Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 eingeleitet wurde und mit seiner Modifikation am 5. Mai 1955 definitiv in Kraft trat, ist mit dem Petersberg verbunden, wurden doch hier die Verhandlungen geführt, die das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beendeten. Bis zur Wiedervereinigung 1990 blieb der Vertrag in seiner letzten Fassung die staats- und völkerrechtliche Grundlage des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den drei Westmächten, deren Vorbehalte auf drei Punkte reduziert wurden: die Verantwortung für Deutschland als Ganzes und für Berlin sowie das Recht zur Truppenstationierung, die aber durch die Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik seit 1955 ohnehin Realität gewesen wäre und aus sicherheitspolitischen Gründen ohnehin im deutschen Interesse lag.

Lassen Sie mich einige weitere Stationen nennen, die den Petersberg zu einem wesentlichen historischen Erinnerungsort der Bundesrepublik Deutschland machen, wobei ich die erste für die politische Geschichte erwähnenswerte Episode in der Historie des kurz vor dem Ersten Weltkrieg 1912 bis 1914 erbauten Hotels nur knapp erwähne: Als sich Hitler in der Vorphase des Münchner Abkommens 1938 mit dem britischen Premierminister Chamberlain zu Verhandlungen im Rheinhotel Dreesen traf, logierte Chamberlain gegenüber auf dem Petersberg. Die von ihm betriebene Appeasement-Politik wurde später als schwerer Fehler der internationalen Politik erkannt. Chamberlain wurde zum Symbol dieser Politik und der daraus zu ziehenden historischen Lehre: Man hätte Hitler in der von ihm entfesselten Sudetenkrise nicht nachgeben dürfen; Diktatoren werden durch Erfolge nicht gemäßigt, sondern immer aggressiver. Auch in diesem negativ abgrenzenden Kontext kann man den Petersberg als einen historischen Lernort betrachten, wenngleich er hierfür sicher nicht zentral war.

Nach dem Ende des alliierten Besatzungsregimes wurde der Petersberg zwischen 1954 und 1969 wieder als Hotel genutzt. Wiederum logierten hier ausländische Staatsgäste, darunter führende Staatsoberhäupter bzw. Regierungschefs aus aller Welt. Betont man die überragende Bedeutung des Ortes für die Westintegration, so darf der Hinweis nicht fehlen, dass im Zuge der neuen Ostpolitik Bundeskanzler Willy Brandt hier auch Staatsgäste aus Osteuropa empfing, beispielsweise 1973 den Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, der auch später hier logierte. Übrigens war der Petersberg damals der wohl bestbewachte Ort der Welt. Aufgrund des hohen

Gefährdungsrisikos für den sowjetischen Gast und der großen Demonstrationen waren vermutlich mehrere Tausend Sicherheitskräfte im Einsatz, wenngleich die in Zeitungen genannte Zahl von 33 000 sicher weit übertrieben ist. Aber auch die Zahl der Hotelangestellten, die für das Wohl der großen sowjetischen Delegation bzw. während der dortigen Verhandlungen eingesetzt wurde, war mit etwa 80 nicht klein.

Der von außen betrachtet sehr harmonisch verlaufende Besuch, bei dem mehrere Abkommen ausgehandelt wurden, kannte allerdings auch stark kontroverse Verhandlungspunkte – neben den wirtschaftlich-technologischen Beziehungen waren dies vor allem die gegensätzlichen Positionen in der Berlin-Frage. Konkretisiert wurde die staatsrechtliche Kontroverse damals aufgrund der Errichtung des Umweltbundesamtes in West-Berlin, in der die Sowjetunion eine Verletzung des Berlin-Status durch die Verstärkung der Bundespräsenz sah. Berlin war in vielen Verhandlungen auf dem Petersberg lange vor der Wiedervereinigung stets gegenwärtig. Nicht nur in dieser Hinsicht zeigten sich auf dem Petersberg 1973 auch die Grenzen der Ostpolitik.

Übrigens war der Petersberg auch der Schauplatz, auf dem der Auto-Fan Breschnew, der als Gastgeschenk gerade mit einem Mercedes-Sportcoupé 450 SL beglückt worden war, sogleich eine Probefahrt unternahm: Er hängte mit dem Auto das vermutlich ziemlich bestürzte Sicherheitspersonal ab, raste die Serpentinaen herunter und landete schließlich auf einer Böschung. Ihm selbst passierte zum Glück nichts. Der ramponierte Mercedes wurde schnell durch ein anderes Exemplar ersetzt, das er unbeschädigt mit nach Moskau nehmen konnte. Bei seinem späteren Besuch 1978 konnte er dann aus gesundheitlichen Gründen solche Risiken nicht mehr eingehen.

Das ebenfalls als Gästehaus der Bundesregierung genutzte Schloss Gymnich erwies sich als zu klein, so dass schließlich die Regierung Schmidt-Genscher den Petersberg-Komplex 1979 für die Bundesrepublik Deutschland erwarb und die folgende Regierung Kohl-Genscher ihn zu einem repräsentativen Gästehaus der Bundesrepublik umbauen ließ. Seit 1990 diente der Petersberg dann als offizielles Gästehaus der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und wurde im letzten Jahrzehnt immer wieder Schauplatz großer internationaler Konferenzen. Unter anderem fand hier am 26. Februar 1999 das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union statt, am 6. Mai des gleichen Jahres folgte das Treffen

der – damals sieben – führenden Industriestaaten und Russlands zur Kosovo-Krise. Schließlich wurden auf dem Petersberg die drei Afghanistan-Konferenzen 2001, 2002 und 2010 abgehalten.

Der erste Staatsgast der Bundesrepublik auf dem Petersberg war 1954 Kaiser Haile Selassie von Äthiopien, der zweite Shah Reza Pahlevi von Persien mit Kaiserin Soraya, deren Reisegepäck von 60 Koffern und 22 Schrankkoffern für den Petersberg ebenso wenig wie die Sicherheitslage ein logistisches Problem darstellte. Später kamen unter vielen anderen der sowjetische Präsident Gorbatschow, die britische Königin Elisabeth II., der japanische Kaiser Akihito, der amerikanische Präsident Bill Clinton, der ägyptische Staatspräsident Mubarak, der jordanische König Hussein und der russische Präsident Jelzin, um nur diese zu nennen.

Der Petersberg ist also zweifellos ein bedeutender historischer Ort, an dem sich zahlreiche für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zentrale Ereignisse abgepielt haben. Trotzdem wird er in dem vor zehn Jahren veröffentlichten Sammelband „Deutsche Erinnerungsorte“ nicht behandelt. Das Thema „Erinnerungsorte“ besitzt gleichwohl eine anhaltende Konjunktur seit der französische Historiker Pierre Nora vor 25 Jahren begann, ein insgesamt siebenbändiges Sammelwerk über die „Lieux de mémoire“ in Frankreich herauszugeben. „Lieux de mémoire“ verstand Nora nicht nur räumlich, sondern im übertragenen Sinne als Symbole nationaler Identifikation – einer Identifikation, die in der Regel eine positive Bedeutung für Frankreich besitzt.

Dabei können unterschiedliche Typen verbunden werden: So wurde beispielsweise in Colombey-les-Deux-Eglises oberhalb des ursprünglichen Landsitzes und letzten Wohnortes Charles de Gaulles, in dem er im September 1958 Konrad Adenauer zu einer ersten persönlichen Begegnung empfing, eine reichhaltige Dokumentation über den Lebensweg des Generals und Staatspräsidenten errichtet. Ergänzt wird diese Schau durch eine ebenfalls sehenswerte Sonderausstellung zur Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen, die gemeinsam von der Fondation Charles de Gaulle und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf erarbeitet wurde.

Historische Erinnerungsorte symbolisieren die politische Kultur einer Gesellschaft, eines Staates, einer Nation, insofern besitzen sie nicht alleine für die Vergangenheit eine überragende Bedeutung, sondern gerade für die Gegenwart, die sich mit Hilfe

solcher Orte besonders anschaulich ihrer Herkunft bewusst wird. Das ist in Deutschland nicht anders als in den Nachbarstaaten, wenngleich eine aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts herrührende Spezifik ins Auge fällt. Sie können diese Besonderheit in den beiden umfangreichen, schon 1987 veröffentlichten, Bänden erkennen, in denen die Bundeszentrale für politische Bildung auf mehr als 1 800 Seiten Gedenkstätten und historische Erinnerungsorte verzeichnete. In den meisten Fällen handelt es sich um Mahnmale bzw. Gedenkstätten für Opfer der nationalsozialistischen Diktatur; neben so genannten Opferorten wie KZ-Gedenkstätten zählen dazu auch so genannte Täterorte, beispielsweise in Berlin das Haus der Wannsee-Konferenz oder die Topographie des Terrors am Ort der ehemaligen Zentrale der SS und der Gestapo, des so genannten Reichssicherheitshauptamtes.

In den letzten eineinhalb Jahrzehnten kamen zahlreiche historische Ausstellungen hinzu wie zum Beispiel im Jahr 1999 die Dokumentation zur NS-Diktatur am Obersalzberg bei Berchtesgaden – dem zweiten Regierungssitz Hitlers –, die ich gemeinsam mit Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte konzipiert und organisiert habe. Diese nicht sehr große, aber thematisch umfassende Dauerausstellung zur Geschichte der NS-Diktatur bringt es bisher trotz des abgelegenen Ortes auf mehr als 1,7 Millionen Besucher. Einen zentralen Ort historischen Erinnerns bildet selbstverständlich das Holocaust-Mahnmal in der Mitte Berlins, das wiederum einen anderen Typus darstellt, nämlich den der künstlerischen Symbolik.

Kein Zweifel: Die Bewusstmachung der Massenverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands 1933 bis 1945 trug seither und insbesondere seit der Beratung des Grundgesetzes und dem daraus folgenden antitotalitären Konsens zur Immunität gegen totalitäre Ideologien, zur Wiederbegründung eines Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland bei. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee und der Parlamentarische Rat waren sich 1948/49 dieser historischen Dimension stets bewusst. Diese ständige Besinnung auf die eigene Vergangenheit ist und bleibt auch heute notwendig. Das eher wachsende als nachlassende Interesse an der NS-Diktatur, mit der Information über deren Herrschaft und ihre Massenverbrechen in Deutschland selbst und in den besetzten Gebieten, ist also Teil eines unverzichtbaren gesellschaftlichen, politischen und moralischen Lernprozesses der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Doch ein Blick auf unsere Nachbarstaaten zeigt: Historische Erinnerungsorte sind bei den Nachbarn – wenn überhaupt – nur in begrenztem Maße Symbol negativer Abgrenzung von historischen Ereignissen oder Epochen, sondern Schlüssel zu einem positiven nationalen Selbstverständnis. Natürlich kann und soll die deutsche Geschichte in dieser Hinsicht nicht umgeschrieben werden, aber sie kann und darf auch nicht derartig reduziert werden.

Tatsächlich kann die politische Kultur eines demokratischen Staates auf positive Symbole keineswegs verzichten: Ihr Gehalt ist für die Wertorientierung einer Gesellschaft konstruktiv. Und die Deutschen haben in dieser Hinsicht auch eine andere verhängnisvolle Erfahrung machen müssen: Die in Krisen versinkende und schließlich scheiternde Demokratie von Weimar war die chronologische und logische Voraussetzung des Erfolgs des ideologischen Extremismus. Ein Staat, der keine positive Identifikation durch die große Mehrheit seiner Gesellschaft erreicht, der sich in einer geradezu verkrampften Askese übt statt seine eigenen Leistungen auch symbolisch sichtbar zu machen, lebt wie die Weimarer Republik weitgehend von der Abgrenzung zur vorherigen Epoche. Ein solch kleinmütiges Selbstverständnis gewinnt in der eigenen Bevölkerung keine Anerkennung, keine Identifikation. Es war also kein Zufall, dass große und ständig größer werdende Teile der Gesellschaft den Staat von Weimar nicht als legitime Herrschaft betrachteten. Die Weimarer Demokratie blieb von Beginn an fragil, sie blieb für Krisen und Agitation anfällig.

Alle Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus – und der kommunistischen Diktatur der DDR – sowie die ständige Mahnung sollten die Ursachen dieser Katastrophe, aber auch die Wirkungsgeschichte nach 1949 nicht außer Acht lassen. Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer nunmehr 62-jährigen Geschichte einer stabilen parlamentarischen Demokratie, eines Rechtsstaats, eines international verankerten erfolgreichen und angesehenen Staates – die zu unserem nach Krieg und Diktatur damals völlig unverhofften Glück unsere eigene Geschichte wurde – bedarf der historischen Besinnung und der positiven Identifikation.

Der Petersberg besitzt einen solchen positiven Symbolwert – nicht allein für die ersten Jahre und Jahrzehnte der Bundesrepublik.

Der Petersberg steht für den demokratischen Neuaufbau Westdeutschlands seit Ende der 1940er Jahre, er steht für die besonders enge Beziehung Westdeutschlands zu den drei Westmächten und symbolisiert den Weg von der Beherrschung durch sie zur Allianz und Freundschaft mit ihnen – also zur Westintegration der Bundesrepublik. Der Petersberg ist insofern nicht allein ein bundesrepublikanischer Erinnerungsort, sondern ein europäischer.

Der Petersberg steht aber auch für die sich seit 1949 etappenweise herausbildende Autonomie der Bundesrepublik, ihr allmähliches Erwachsenwerden und ihre internationale Verflechtung als souveräner Staat.

Der Petersberg symbolisiert also gemeinsam mit anderen historischen Erinnerungsorten in und um Bonn, wie dem Museum Koenig, den Gebäuden des Deutschen Bundestages, der Villa Hammerschmidt, dem Palais Schaumburg, dem Adenauer-Haus in Rhöndorf, um nur diese zu nennen, die „alte“ Bundesrepublik bis 1989, aber auch das erste Jahrzehnt des wiedervereinigten Deutschland.

Will man an die ungeheure politische, kulturelle, gesellschaftliche und ökonomische Aufbauleistung dieser Jahrzehnte erinnern und die friedliche Einbettung in die internationale Staatengemeinschaft ins Bewusstsein heben, die nach Jahrzehnten von Krieg und Diktatur alles andere als selbstverständlich waren, dann ist die Vergewärtigung dieses Ensembles historischer Erinnerungsorte notwendig und bildet die ideale Verbindung dieser authentischen Orte mit den hervorragenden Ausstellungen des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn, das vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl seinerzeit gegen viele Widerstände – die heute nahezu vergessen sind – initiiert wurde.

Als drei Kollegen und ich selbst seit 1983 im Auftrag der Bundesregierung an der Konzeption arbeiteten, ahnten wir nicht, dass der Zeitpunkt der Grundsteinlegung im Sommer 1989 bereits den Wendepunkt zur Wiedervereinigung markieren würde. Aber auch wenn wir die Entwicklung vorhergesehen hätten, wären große Teile der Konzeption – nicht alle versteht sich – erhalten geblieben. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beginnt nicht erst 1989 und auch nicht 1999 mit der später so genannten „Berliner Republik“.

Die positive Identifikation mit Geschichte und Verfassungsordnung der Bundesrepublik durch die historische Symbolik solcher Erinnerungsorte wird in Zeiten, in denen Protestevents die Legitimität demokratisch-parlamentarischer Entscheidungsprozesse in Zweifel ziehen, keineswegs überflüssig. Auch in der Berliner Republik müssen möglichst viele Tugenden der Bonner Republik „aufgehoben“ werden, darin waren sich nach der Wiedervereinigung und dem Umzug nach Berlin nahezu alle in- und ausländischen Beobachter einig.

Zweifellos gehört also der Petersberg zu den wenigen Orten, an denen die Integration der Bundesrepublik in die internationale Staatengemeinschaft sowie ihre bilateralen und multilateralen Beziehungen und die Entwicklung ihrer Außenpolitik symbolisiert werden. Auch dies bedarf im Zuge wachsender Europamüdigkeit in der Bevölkerung der historischen Erinnerung. Nicht allein die offensichtlichen Lasten müssen bewusst gemacht werden, sondern die zweifellos viel größeren Vorzüge und die historischen Gründe der europäischen Integration. Die Bundesregierungen Konrad Adenauer, Helmut Schmidt und Helmut Kohl wussten sehr gut, warum sie sich für diese europäische Orientierung eingesetzt haben.

Darf man einen Ort, der dies alles symbolisiert – den Petersberg – verkaufen? Diese Frage wird in der anschließenden Diskussion sicher eine Rolle spielen. Und weiter: Wie könnte nach einem Verkauf der Charakter des Petersbergs als außergewöhnlich bedeutender Erinnerungsort für die Bundesrepublik Deutschland erhalten bleiben? Könnte – wie bisher – eine gemischte Nutzung eine Lösung bieten? Auf jeden Fall sollte neben finanziellen Gründen, die selbstverständlich berücksichtigt werden müssen, die unverzichtbare positive historische Symbolik für die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland und ihren europäischen Weg sichtbar bleiben, vielleicht sogar noch sichtbarer werden.